

Sparschweinereien

Erich Fried verfasste vor Jahren ein Gedicht, das immer noch – oder dank der Bundesregierung wieder – aktuell ist

Vom Sparen

*„Eine uralte Form des Sparens
ist das Sparschwein
von den Sparschweinen
kommt vielleicht das Wort
Sparschweinereien*

...

*Wenn die Rechnung oben nicht stimmt
heißt es unten sparen
Denn die Sparschweinereien
werden fast immer verfügt*

...

auf Kosten der armen Schweine“

Nach den Plänen von Merkel, Seehofer und Westerwelle sollen jetzt die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen, Rentner, Familien und Alleinerziehenden für die Wirtschafts- und Finanzkrise zahlen: Leistungen für Arbeitslose werden gekürzt, Hartz-IV-Beziehenden wird das Elterngeld und der Zuschuss zur Rentenversicherung gestrichen, der Heizkostenzuschuss entfällt.

15.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst werden vernichtet, außerdem drohen Gehaltskürzungen.

Während diejenigen, die wenig haben, zur Kasse gebeten werden, wartet man vergebens darauf, dass die Profiteure der Krise, dass die 750.000 Millionäre und Milliardenäre in unserem Land auch nur den kleinsten Anteil zur Bewältigung der Krise beitragen – im Gegenteil:

Das Sparprogramm ist ein Reichtumpflegeprogramm.

Die Bankenrettung hat die deutschen Staatsschulden bis Ende 2009 um 99 Milliarden € erhöht. Auch das 750 Milliarden teure Rettungspaket zur Stützung des Euro nützt vor allem den Finanzinstituten.

Die zunehmende Verschuldung ist das Resultat einer verfehlten Politik. Wir haben ein Jahrzehnt der Steuergeschenke hinter uns, in dem sich der Staat selbst arm gemacht hat: Den Anfang machte Helmut Kohl mit der Abschaffung der Vermögenssteuer (1997), es folgte Rot-Grün mit der Unternehmenssteuerreform 2001, die u. a. den Spitzensteuersatz um 11 Prozentpunkte auf 42 %, die Körperschaftssteuer von 30% (ausgeschüttete Gewinne) bzw. 40% (thesaurierte Gewinne) auf 25 % senkte und mit der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne munter die Spekulation ankurbelte.

Allein durch die Rot-Grüne Unternehmenssteuerreform entsteht ein Steuer- ausfall von 27 Milliarden € pro Jahr.



**POLITISCHE VERFOLGUNG
GEGEN LINKE HAT
IN DIESEM LANDE
EINE LANGE TRADITION ...**

*Will sich die Linke gegen Repression wehren,
braucht sie eine gemeinsame, strömungs-
übergreifende Solidaritätsorganisation:*

Solidarisieren - Spenden - Beitreten

Rote Hilfe e.V. bundesvorstand@rote-hilfe.de
Bundesvorstand Tel. (0551) 770 80 08
Postfach 3255 Fax (0551) 770 80 09
37022 Göttingen www.rote-hilfe.de

Doch es ging weiter mit der Unternehmenssteuerreform 2008, diesmal von der Großen Koalition veranstaltet: Weitere Absenkung der Körperschaftssteuer auf das Rekordtief von 15%.

Machen wir die Gegenrechnung auf:

Eine Finanztransaktionssteuer auf Börsengeschäfte mit dem lächerlich geringen Steuersatz von 0,05 % brächte 27 Milliarden € in die öffentlichen Kassen, eine Bankenabgabe nach dem Vorbild des US-Präsidenten Obama 8 Milliarden €, eine Steuer auf Privatvermögen oberhalb einer Million € ergäbe 80 Milliarden € Mehreinnahmen.

Würde man die Konzerne wieder die Steuersätze zahlen lassen, wie in der bekanntlich nicht gerade unternehmerfeindlichen Ära Kohl, so könnte über zusätzliche 100 Milliarden € verfügt werden.

Es ist nicht wahr, dass kein Geld da ist, um den Sozialstaat zu erhalten.

DIE LINKE fordert:

Es muss endlich umgesteuert werden – mehr Geld für kommunale Einrichtungen, für Bildung, höhere Renten, Arbeitslosenhilfe und soziale Leistungen.

Übrigens: In Artikel 151 (1) der bayerischen Verfassung steht nach über 60 Jahren immer noch:

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“

Dr. Guido Hoyer
Stadtrat, Kreisrat,
Kreisvorsitzender
DIE.LINKE



Pfiffspitz: Revolution in unserm Krähwinkel? Dahin kommt es wohl nie!
Ultra: Wer sagt Ihnen das?
Alle Revolutionselemente, alles Menschheitempörende, was sie wo anders in großem haben, das haben wir Krähwinkler in kleinem. Wir haben ein absolutes Tyrannerl, ... ein Bürokratierl, ... Staatsschulderln, weit über unsere Kräfte, also müssen wir auch ein Revolutionerl und durchs Revolutionerl ... endlich a Freiheiterl krieg'n.

Johann Nestroy, Freiheit in Krähwinkel.
1. Akt, 8. Szene (uraufgeführt 1848)



Schlecker-Land am MUC

Ein Gastbeitrag von Jürgen Emmenegger, ver.di Projektsekretär am Flughafen München (MUC)

Am Münchner Flughafen droht mittelfristig die systematische Ersetzung von tarifgebundenen unbefristeten Arbeitsverhältnissen in prekäre Leiharbeitsverhältnisse. In großem Stil begonnen hat dies mit dem Einsatz von Leiharbeitern bei der FMG-Tochter Mucground und mit der ausdrücklichen Empfehlung der FMG an das Wirtschaftsministerium die Leihfirma Swissport Losch als Drittabfertiger einzusetzen. Schlecker lässt grüßen.

Leiharbeit steigt!

Die im Jahr 2005 gegründete Muc-ground hat inzwischen einen Leiharbeiteranteil von mehr als 70 %. Während die Stammebelegschaft tariflich in einigen Bereichen den FMG-Beschäftigten gleichgestellt ist, arbeiten die Leiharbeiter nach wie vor für einen Hungerlohn, der die Kollegen in großer Zahl zu Zweit- und Drittjobs zwingt.

Stammebelegschaft schrumpft!

Während die FMG dem Betriebsrat mit über 500 betriebsbedingten Kündigungen droht, vergibt sie auf ihrer Abfertigungslizenz Aufträge an die Firma Aviapartner, die diese mit ihrer Stammebelegschaft ebenfalls nicht mehr schaffen kann. Deshalb stellt auch sie vermehrt Leiharbeiter. Gleichzeitig führt diese Praxis dort zu einer verstärkten Arbeitsverdichtung, weil qualifiziertes Personal fehlt. In Schichten, die früher mit 40 Kollegen belegt waren, sind heute regelmäßig weniger als die Hälfte.

Stau auf dem Vorfeld!

Diese elende Personalpolitik führt dazu, dass Flieger nicht sofort abgefertigt werden können. Für die FMG-Kollegen auf dem Vorfeld heißt das, dass keiner mehr frei bekommt, wenn er dies wünscht. Begründet wird dies mit Personalmangel. Hier haben wir es mit Managementleistungen zu tun, die von einem normal Sterblichen kaum zu begreifen sind.

Qualitätsprobleme bei Leiharbeitsfirmen!

Der neue Drittabfertiger-Swissport Losch, von der Lufthansa gewünscht, von der FMG gebilligt, hat offenbar massive Probleme bei der Abfertigung und deren Qualität. Pannen sind an der Tagesordnung. Die Sicherheit der Passagiere kann auf der Strecke bleiben. Swissport Losch spart mutmaßlich. Anstatt die Leute ordentlich zu qualifizieren und vernünftig zu bezahlen, werden sie abgemahnt, wenn sie Fehler machen oder gekündigt, wenn sie sich über die miese Entlohnung beschweren.

105 Millionen Gewinn und eine ‚vorübergehende Delle!‘

Die FMG hat im vergangenen Geschäftsjahr 105 Mio. € Gewinn und damit bei einer Milliarde Umsatz eine Rendite von 10,5 % erzielt. Die FMG-Führung ist auch nach monatelangen Verhandlungen mit ver.di und dem Betriebsrat nicht in der Lage darzulegen, wie hoch das behauptete Defizit bei den Bodenverkehrsdiensten tatsächlich ist. Fakt ist, dass das operative und auch von der FMG-Führung nicht bestrittene Ergebnis des Ground-handling kein Minus, sondern ein ordentliches Plus aufweist, im letzten Jahr mehr als 6 Millionen. Man will zwar massig Leute abbauen, spricht aber gleichzeitig in der Öffentlichkeit immer nur von einer „vorübergehenden Delle“. Stellt sich die Frage, warum man qualifiziertes und erfahrenes Personal abbaut, wenn, wie die FMG behauptet, ab spätestens 2012 das Terminal 2 voll ausgelastet sein wird.

ver.di: Es ist Arbeit für alle da!

Die aktuelle Situation zeigt, dass in Wirklichkeit Arbeit für alle da ist und dass diese Arbeit auch ordentlich bezahlt werden kann. Unbestritten sind Aufträge von Air Berlin weggefallen. Unbestritten werden für die FMG ggf. auch Aufträge der Lufthansa weggefallen.

Fortsetzung auf Seite 3

Aber: die Personaldecke bei der FMG ist in Wirklichkeit so dünn, dass ein Personalabbau faktisch nicht notwendig ist. **Und:** diese Aufträge gehen vielleicht von der FMG weg, bleiben aber am Flughafen. **Das heißt:** die Arbeit bleibt, die Arbeitskräfte werden benötigt. Die Frage ist nur: zu welchem Preis und zu welchen Bedingungen arbeiten diese notwendigen Arbeitskräfte zukünftig.

Massenhaft prekäre Arbeit mit Unterstützung der Öffentlichen Hand?

Was am Flughafen München von der FMG-Führung vorbereitet und von Gesellschaftern offenbar unterstützt, mindestens aber geduldet wird, ist die massenhafte Umwandlung von tarifgebundener, unbefristeter Arbeit in prekäre, schlecht bezahlte Leiharbeitsverhältnisse. Während der durch den Steuerzahler finanzierte, Flughafen München massenhaften Personalabbau vornehmen will, um Kosten zu sparen und damit die dritte Startbahn zu finanzieren, sollen die Bedingungen der Arbeitnehmer verschlechtert werden. Wenn man das

konsequent zu Ende denkt, muss über kurz oder lang der Plan einer Geschäftsführung vorhanden sein, den gesamten Bodenverkehrsdienst mit seinen 1.800 Kolleginnen und Kollegen abzuwickeln und sie in die Fänge der Verleiher zu übergeben. Anders ist die derzeitige Politik der FMG nicht zu begreifen.

Leiharbeit stoppen!

Gewerkschafter werden sich Gedanken darüber machen müssen, wie dies zu stoppen ist. Sie können sich nicht damit abfinden, dass in großem Stil Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtert werden sollen. Arbeitnehmer werden sich nicht damit abfinden systematisch in Leiharbeitsverhältnisse getrieben zu werden. Dies wäre das Ende von abgesicherten Arbeitsplätzen im Bodenverkehrsdienst und letztendlich am Flughafen.

Jürgen Emmenegger



Alles zum Wohl der jungen Familien ...

Armut in Freising

Bayern

gilt als wohlhabende Region in Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde. Trotzdem ist in Bayern mehr als jede/r Achte (13,6 % der Bevölkerung) arm, das heißt er/sie lebt von weniger als 846,00 € im Monat. Rund jeder Fünfzehnte ist so hoch verschuldet, dass er/sie sich kaum mehr aus eigener Kraft aus seiner/ihrer Lage befreien kann.

Am stärksten von Armut betroffen sind Rentner. Aber auch Kinder und Jugendliche sind überdurchschnittlich arm. Frauen sind öfter von Armut betroffen als Männer.

Es gibt verschiedene Gründe für Armut.

Sehr häufig sind Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne der Grund. Die familiäre Situation spielt ebenfalls eine Rolle. Scheidung und die Auflösung der gemeinsamen Wohnung können zu Armut führen. Kinderreiche Familien sind auch häufig von Armut betroffen.

Armut in Freising

Die Stadt Freising und die Flughafen München GmbH erklären uns in ihrer Werbung „Airfolgsregion Erding-Freising“, dass in Freising alles zum Besten steht. Über soziale Probleme und Armut kann der/die Freisinger/in dort nichts lesen.

Es stimmt zwar, dass die Arbeitslosigkeit in Freising mit 3,7 % (Feb. 2010) relativ niedrig ist, in der letzten Krise ist sie aber auch in Freising deutlich gestiegen.

Man kann davon ausgehen, dass die tatsächliche Arbeitslosigkeit sogar deutlich höher ist. Die offizielle Statistik rechnet zum Beispiel arbeitslose Menschen in Fortbildungskursen nicht mit ein.

Bereits 1100-1300 Haushalte in Freising sind auf soziale Transferleistungen angewiesen (ALG I und II usw.).

2159 Menschen im Landkreis Freising müssen von Hartz IV leben. D. h. sie haben ein Einkommen von rund 360 € im Monat plus Wohngeld. Viele weitere Leistungen sind bereits gekürzt worden. Von den 360 € müssen noch Betriebskosten wie Warmwasser und Strom und grundlegende Dinge wie Kleidung, Medikamente und Möbel bezahlt werden.

Die Freisinger Tafel verteilt Lebensmittel an Bedürftige. Berechtigt sind nur Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Vor 4 Jahren kamen etwa 120-140 Menschen regelmäßig zur Tafel, im Jahr 2010 sind es bereits 200 Menschen.

Wohnungsnot in Freising

Im südlichen Landkreis Freising richten sich die Mieten und Grundstückspreise nach den Preisen der Großstadt München. Die Mieten in der Stadt Freising sind bei rund 10 €/m² angesiedelt. Wohnungsspekulanten und Hauseigentümer verdienen gut daran. Sie haben kein Interesse, dass sich die hohen Preise ändern, die rund 70 % der Freisinger, die in Mietwohnungen leben, in der Regel schon. Abhilfe kann nur ein sozialer Wohnungsbau schaffen, der aus öffentlichen Geldern finanziert wird. So kann benötigter Wohnraum und damit eine Alternative zum privaten Wohnungsmarkt geschaffen werden.

Wer schon am Freisinger Bahnhof war, weiß, dass es auch in dieser kleinen, hübschen Stadt Menschen gibt, die auf der Straße leben. Eigentlich hat die Gemeinde Unterbringungs-pflichten gegenüber im Landkreis gemeldeten Bürgern.

Die Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit stellt Wohnungen und Unterkünfte zur Verfügung. Manche kommen aber nicht zu ihrem Recht, weil sie nicht oder nicht mehr gemeldet sind. Obdachlosigkeit ist keine Schande für die Betroffenen, sondern für eine Gemeinde, die zu wenig tut, um soziale Verelendung zu verhindern.

Verteuerung und Sozialabbau

In Freising sind in letzter Zeit zahlreiche öffentliche Dienstleistungen verteuert worden, sei es durch die Kommune oder andere öffentliche Träger. Die Liste reicht von den Kindertagesstätten über die Stadtwerke und den öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Mensa in Weihenstephan und zum Schwimmbad.

Ganz offensichtlich sollen für die Krise der öffentlichen Haushalte diejenigen zur Kasse gebeten werden, die ohnehin weniger haben. Es ist doch klar, dass die Bewohner von Sozialwohnungen oder die Benutzer des

öffentlichen Busnetzes nicht unbedingt zu den Reichen gehören.

Als nächsten großen Angriff will die Bundesregierung ein Sparpaket vor allem auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Rentner und Arbeitslosen durchsetzen. Eine Verschärfung der Armut, auch in Freising, ist vor-programmiert. Den maroden Banken werden hingegen Milliarden von Steuergeldern zur freien Entnahme angeboten.

Arm trotz Arbeit

Auch wer Arbeit hat, ist in Freising nicht vor Armut sicher. In der Vergangenheit sind im Landkreis relativ gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie verloren gegangen (z.B. Schlüter).

Diese wurden zum großen Teil durch schlecht bezahlte Jobs im Dienstleistungsbereich ersetzt.

73.999 sozialversicherungspflichtigen Jobs stehen in Freising bereits 15.374 „400-Euro-Jobs“ gegenüber, die eigentlich allein nicht zum Leben reichen.

Auch bei Vollarbeitsplätzen sind mickrige Stundenlöhne von 6,50 € keine Seltenheit mehr.

Und die Lohndrückerei in Freising geht weiter. Den Beschäftigten beim Bodenverkehrsdienst am Flughafen (muc-ground) soll der Lohn um 30 % gekürzt werden, wenn es nach den Unternehmern geht. Am Flughafen München bekommen die Beschäftigten bald nur noch ein Ticket in die Armut...

Wo wohnt das Geld?

Die Einkommen sind in Bayern sehr ungleich verteilt. Das ärmste Zehntel der Bevölkerung muss sich mit 3,7 % des Gesamteinkommens begnügen, während das reichste Zehntel über 23,3 Prozent verfügt.

Betrachtet man die Verteilung des Vermögens in ganz Deutschland, dann ist es sogar noch krasser.

2007 verfügten rund 27 % der Menschen in Deutschland über gar kein Vermögen oder hatten sogar Schulden. Demgegenüber besaß ein Zehntel der Bevölkerung rund 60 % des Gesamtvermögens.

Kampf der Armut

Die Ungleichheit wird, nicht nur in Freising, vom herrschenden System verursacht, das wir Kapitalismus nennen. Dieses System kann nur funktionieren, wenn sich der Reichtum in den Händen Weniger konzentriert. Nur dann kann er zu Kapital werden, das gewinnbringend angelegt werden kann.

Auf der anderen Seite des Kapitalismus muss es eine Mehrheit geben, die zwar nicht unbedingt arm ist, aber doch so wenig besitzt, dass sie gezwungen ist, für die Eigentümer des Kapitals zu arbeiten.

Auch die Armut vieler Menschen ist Teil des Systems. Die Kapitalisten wollen gar nicht Arbeit und Wohlstand für alle schaffen. Die Armen und Arbeitslosen werden stattdessen missbraucht, um Druck auf diejenigen auszuüben, die noch Arbeit und ein gewisses Einkommen haben.

Nach dem Motto **„Schau, wie es Dir gehen kann, wenn Du nicht spurst“**.

Armut ist also kein Zufall oder ein rein persönliches Schicksal. Viele Arme schämen sich für ihre Lage und verstecken sich, auch wenn sie ihre Situation nicht selbst verschuldet haben. Damit verschlechtert sich ihre Lage aber noch weiter, und sie können sich schlechter gegen Angriffe wehren. Die Protestbewegung gegen Hartz IV in den Jahren 2003 und 2004 ist ein gutes Beispiel dafür, dass von Armut Betroffene herausgehen und aktiv werden können.

Längerfristig sollten Arbeitslose und von Armut Betroffene sich an der Gewerkschaftsbewegung beteiligen. In den Gewerkschaften sollten ihre Interessen wahrgenommen werden. Es ist ein Fehler, nur die zu organisieren, die (noch) Arbeit haben.

Die nächste Gelegenheit für von Armut Betroffene und Arbeitslose aus Freising und ganz Bayern, sich zu wehren, ist die Großdemonstration gegen das Sparpaket

**am 13. November 2010 in Nürnberg.
Fahrt mit und zeigt Euren Ärger!**

Pablo Rischbeck

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die Partei DIE LINKE meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von ____ Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai in Höhe von ____ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.

Kontonummer

Bankleitzahl

Name und Ort des Geldinstituts

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin. (wenn abweichend vom Mitglied)

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift

Ausfüllen, unterschreiben und einsenden an DIE LINKE.KV Freising, c/o. Dr. Guido Hoyer
Prinz-Ludwig-Str. 29, 85354 Freising



Minister Rösler – gehen Sie!

Schwarz-Gelbe (= neoliberale) Finanzierung des Gesundheitswesens

Liebe Leserin, lieber Leser,

wie lange noch wollen Sie Leute wählen, die Ihnen ständig in Ihren Geldbeutel greifen? In der Finanzierung des Gesundheitssystems hat man die paritätische Finanzierung endgültig begraben.

Man hat eine Erhöhung des Beitragssatzes um 0,6 % beschlossen, und weiter wurde beschlossen, dass Zuzahlungen in unbegrenzter Höhe zu leisten sind, und diese Zuzahlungen sind von den Versicherten – auch den Rentnern – alleine zu bezahlen!

Ein Rentnerhepaar zahlt diese Zuzahlungen doppelt. Es sei vermerkt, dass auch die Betriebsrenten voll unter die Krankenversicherungspflicht fallen.

Diese Zuzahlungen, die in der Höhe nicht begrenzt wurden, sind pauschal und nicht prozentual abhängig vom Einkommen zu bezahlen, d.h. Geringverdiener und Rentner werden besonders belastet.

Das zusätzlich Skandalöse an der Sache ist, dass weitere Erhöhungen in der Zukunft, sei es durch Beitragserhöhungen oder weitere Erhöhungen der Zusatzbeiträge, allein und gänzlich nur vom Arbeitnehmer zu zahlen sind, der Arbeitgeberanteil wird gesetzlich und auf Dauer auf 7,3 % begrenzt.

Während der Arbeitnehmer also 8,2 % bezahlen muss, mit der Aussicht auf wiederkehrende Erhöhungen, begnügt man sich beim Arbeitgeber für immer mit 7,3 %.

Während bei Lohnerhöhungen um die zweite Stelle hinter dem Komma gefeilscht wird und vor dem Komma möglichst eine Null stehen soll, die Rentner 2011 gar mit einer Nullrunde abgespeist werden, ist man bei der Erhöhung der zumutbaren Belastung der Versicherten beim Zusatzbeitrag nicht so pingelig. Hier wird von 1 % auf 2 % erhöht, das ist eine Erhöhung um glatte 100 %!

Sämtliche Erhöhungen im Gesundheitswesen müssen in Zukunft allein von den Versicherten ohne Beteiligung der Arbeitgeber bezahlt werden.

- Wann endlich kommt die einzig gerechte, solidarische Bürgerversicherung mit einer Kasse und der Sozialversicherungspflicht für alle Einkommensarten?
- Wann endlich geht Minister Rösler, nachdem er die Kopfpauschale, mit der er sein politisches Schicksal verbunden hat, nicht durchsetzen konnte? Auch wenn das jetzt Beschlossene für die Bosse mindestens genauso gut ist, versprochen ist versprochen...
- Wann endlich reagiert der Bürger auf die immer dreistere Umverteilung von unten nach oben?
- Wann endlich lässt sich der Bürger nicht mehr schamlos anlügen

(„mehr netto vom Brutto“)?

Dr. med. Eckhardt Kaiser
Stadtrat Freising

